



Klimawandel, Krieg, Pandemie: Zeitenwende für den Bevölkerungsschutz

Mit dem Angriff des russischen Regimes auf die nur rund zwei Flugstunden von Deutschland entfernte Ukraine haben sich Sicherheitslage und -gefühl auch hierzulande grundlegend verändert. Gleichzeitig bereitet der Klimawandel mit Rekordtemperaturen und dramatischen Waldbränden, aber auch mit verheerenden Hochwassern immer größere Sorgen. Lediglich zwei zentrale Sachverhalte, die gemeinsam mit Risiken etwa durch Corona oder künftige neue Pandemien sowie steigende Cybercrime-Gefahren den Bevölkerungsschutz vor riesige Herausforderungen stellen – und innovative Lösungen erfordern, etwa verstärkte Public-Private-Partnership (PPP).

Vor welchem Kraftakt die Verantwortlichen stehen, zeigen u. a. folgende Fakten:

- Ukraine-Krieg: Der Überfall auf die Ukraine hat nicht allein die globale Bedrohung auch für Deutschland massiv gesteigert. Die Angriffe auf die Sicherheit von Staat und Wirtschaft sind konkret spürbar. So ist ein erheblicher Zuwachs an Cyberattacken auf Netze in Deutschland registrierbar. Ein Risiko, das neben kritischen Infrastrukturen (Energieversorgung, Gesundheitssektor etc.) speziell auch den Mittelstand betrifft.

- Naturkatastrophen: Der Berliner Grunewald und der Brocken im Harz standen im August bzw. September in Flammen – prägnante Beispiele für die riesigen Schäden in Gesamtdeutschland. Gemäß Waldbrandinformationssystem EFFIS wurden bereits bis Ende Juli rd. 3.200 Hektar Waldfläche vernichtet, fast so viel wie im gesamten Rekordjahr 2018. Gleichzeitig dauert ein Jahr nach der Jahrhundertflut in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen der Wiederaufbau in den betroffenen Gebieten weiter an.

- Corona-Pandemie: Hohe Infektions- und Krankenzahlen, aber auch gestörte Lieferketten haben die Anfälligkeit des Gesundheitssystems und die Fragilität der Versorgungssicherheit bei Schutzmaterial, Medikamenten etc. zu Tage gefördert.

„Summa summarum erfordert dies auch eine Zeitenwende für den Bevölkerungsschutz, um die Resilienz von Staat und Gesellschaft weiter zu stärken“, sagt Fritz Rudolf Körper, Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates.

„Es gibt beim Bevölkerungsschutz noch viel zu tun – klassisch und digital“

Herr Bosbach, haben Sie Deutschland und Europa schon einmal in einem vergleichbaren Krisenmodus erlebt?

Wolfgang Bosbach: Nein, glücklicherweise nicht! In der Tat löste in den letzten 15 Jahren eine Krise die andere ab: zunächst die Euro-Währungs- und Finanzkrise, 2015/2016 die Flüchtlingskrise, dann kamen kurz hintereinander die Corona-Krise und der Krieg Russlands gegen die Ukraine. Als Begleiterscheinung dann auch noch die Energiekrise und parallel dazu die Klimakrise. Immer wieder wurden die Regierungen mit neuen Herausforderungen konfrontiert und die Bürgerinnen und Bürger fragen sich verständlicherweise, wann denn endlich wieder einmal etwas Ruhe und Normalität einkehren.

Was ist hiervon die größte Herausforderung? Oder sind es ganz andere Risiken?

Bosbach: Neben der Klimakrise und ihren globalen Auswirkungen ganz eindeutig der Krieg in der Ukraine. Er ist ja nicht nur eine Tragödie für das flächenmäßig zweitgrößte Land Europas, für alle Opfer, alle Menschen, die dort leben oder aus dem Land fliehen mussten. Er hat auch mittelbare Folgen für viele andere Länder, die z. B. von der explosionsartigen Verteuerung der Energie, von gestörten Lieferketten oder einer Lebensmittelknappheit betroffen sind. Denn die Ukraine ist bedeutender Erzeuger von Getreide mit einem hohen Exportanteil.

Herr Körper, welche notwendigen Konsequenzen ergeben sich daraus für den Bevölkerungsschutz in Deutschland?

Fritz Rudolf Körper: Vorab: In jeder Krise liegt auch eine Chance. Wir leben in einer Zeit dramatischer Veränderungen, für die Staat und Gesellschaft passende präventive Strategien entwickeln müssen. Das betrifft neben der Verteidigungspolitik eben insbesondere auch den Bevölkerungsschutz mit einer Vielzahl von Themen: von Naturkatastrophen und Pandemien über Cybercrime bis hin zu Versorgungsengpässen und Energiekrisen.

Deutschland ist beim Bevölkerungsschutz also nicht umfassend aufgestellt?

Körper: Das lässt sich so pauschal nicht sagen. Deutschland verfügt schon immer über einen gut aufgestellten Zivil- und Katastrophenschutz. Aber jetzt geht es um die Frage: Wo stehen wir? Und die

Antwort lautet: Analog zur Zeitenwende in der Verteidigungspolitik brauchen wir eine solche auch beim Bevölkerungsschutz. Nicht umsonst hat das BMI im Sommer einen Neustart im Bevölkerungsschutz verkündet, um angesichts der eben beispielhaft angeführten Herausforderungen die Schutzmaßnahmen neu auszurichten sowie Deutschland in seiner föderalen Struktur krisenfester und resilienter aufzustellen.

Viele haben in diesem Kontext die Bilder der Flutkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen in Erinnerung. Wurden ausreichende Konsequenzen gezogen?

Bosbach: Wann sind oder waren Konsequenzen jemals „ausreichend“? Wenn damit gemeint ist, dass wir fortan nie mehr von einer ähnlichen Katastrophe heimgesucht werden können, dann muss man ehrlicherweise sagen, dass die Politik eine solche Garantie nicht abgeben kann. Entscheidend ist, dass alle zuständigen Gremien die organisatorischen und politischen Konsequenzen ziehen, die gezogen

„Die konventionelle Kriegsführung wird durch eine völlig andere und für die Staaten ebenfalls äußerst bedrohliche Art von Angriffen im weltweiten Netz flankiert.“

Wolfgang Bosbach

werden können, um die jeweils betroffenen Regionen und Menschen vor verheerenden Folgen von Unwettern zu schützen. Das gilt u. a. für die verschiedensten Bereiche wie Raum- und Bauplanung in potenziellen Flutgebieten, den Ausbau des klassischen Hochwasserschutzes oder die Zusammenarbeit der verschiedenen Behörden des Bevölkerungs- und Katastrophenschutzes.

Kritisiert wurden zudem die Defizite bei der Digitalisierung. Wie ist Deutschland seit der Flutkatastrophe vorangekommen?

Körper: Wir müssen hier weiter Tempo machen. Dies betrifft speziell die Einführung des Warnsystems Cell Broadcast, das direkt auf mobilen Endgeräten alarmiert, aber auch andere bewährte digitale Systeme wie etwa FACT24, die Institutionen und Unternehmen mit intelligenten Anwendungen dabei unter-



Wolfgang Bosbach

Wolfgang Bosbach gehörte 23 Jahre dem Deutschen Bundestag an. Von Februar 2000 bis November 2009 war er stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion und fungierte zudem zwischen 2009 und 2015 als Vorsitzender des Innenausschusses.

Der 70-Jährige gilt als einer der versiertesten Innenexperten Deutschlands, dessen Positionen u. a. zur inneren Sicherheit die politische Streitkultur nachhaltig vorangebracht haben. Wolfgang Bosbach ist seit 2018 Mitglied des KÖTTER Sicherheitsbeirates.

stützen, im Ernstfall gezielt zu handeln. Gleichzeitig gibt es keine Alternative zu einer flächendeckenden und durch regelmäßige Tests reibungslos funktionierenden Sireneninfrastruktur – plus das Know-how der Bürgerinnen und Bürger über die Bedeutung der Alarme.

Aber noch einmal zurück zur Digitalisierung. Sie ist längst auch zu einem Instrument moderner Kriegsführung geworden.

Bosbach: Das ist leider auch richtig. Zwar sehen wir in der Ukraine wieder klassische Schlachtfelder einer konventionellen Kriegsführung, auf denen die Armeen verfeindeter Staaten mit ihren Waffensystemen aufein-

anderprallen. Aber in der Tat ist auch das „Netz“ zu einer Art Schlachtfeld geworden. Und dieses Schlachtfeld ist für die angegriffenen Staaten nicht minder bedrohlich. Viele Cyberangriffe sind von einer – leider muss man so formulieren – „Qualität“, dass man davon ausgehen muss, dass hier zumindest auch staatliche Hilfe hinter den Angriffen steckt. Die konventionelle Kriegsführung wird somit durch eine völlig andere Art von Angriffen flankiert.

Wo bestehen ggf. weitere Verbesserungen?

Körper: Die Corona-Krise hat vor allem die Relevanz von Risiko- und Business Continuity Management gelehrt. So können die erforderlichen Prozesse und Ressourcen für die Bewältigung der Krisenfälle gezielt gesteuert werden: angefangen bei der Vorhaltung von Schutzkleidung und Medikamenten in der Pandemie über Backup-Systeme gegen Cyberangriffe bis hin zur Wasserversorgung bei Dürren oder die Notstromversorgung im Falle eines Blackouts.

Und was betrifft die administrative Aufstellung?

Körper: Bei der Hochwasserkatastrophe sind erhebliche Probleme bei der Kooperation im operativen Bereich deutlich geworden. Wir müssen also noch klarere Zuständigkeiten, eindeutige Informations- und Entscheidungsketten sowie effektive Meldewege schaffen – von Innen- und Umweltministerien in Bund und Ländern über das Bundesamt für Bevölkerungs- und Katastrophenschutz, kurz BBK, bis hin zu Kreisverwaltungen und Landratsämtern, denen im Ernstfall eine entscheidende Funktion zukommt. Das neue Gemeinsame Kompetenzzentrum Bevölkerungsschutz (GeKoB) beim BBK zur Stärkung der operativen Bund-Länder-Zusammenarbeit ist ein wichtiger Schritt.

Viel hängt von der Finanzausstattung ab.

Bosbach: Hier gilt das, was in der Haushaltspolitik generell gilt: Es gibt keinen einzigen Bereich, kein Aufgabenfeld, auf dem der Staat nicht noch mehr tun könnte oder gar tun müsste. Also gilt das auch für den Bevölkerungs- und Katastrophenschutz. Finanziell, technisch und personell. Zusammengefasst kann man sagen: viel getan, aber auch noch viel zu tun. Das gilt zum Beispiel für die angeführten Alarmsysteme, klassisch und digital. Aber auch mit Blick auf die kontinuierliche finanzielle Gewährleistung von erforderlicher Ausbildung und Ausstattung etwa der Feuerwehren.

Und was betrifft die Kooperation mit wichtigen gesellschaftlichen Playern?

Körper: Das ist natürlich ein wichtiges

Thema, da THW, Feuerwehren und Wohlfahrtsverbände tragende Säulen des Bevölkerungsschutzes sind. Dieses Zusammenspiel von Staat und bürgerschaftlichem Engagement ist nicht hoch genug einzuschätzen. Und sollte angesichts steigender Aufgaben bei gleichzeitig begrenzten staatlichen Ressourcen sowie dem u. a. auch im Feuerwehrsektor abnehmenden Freiwilligen-Engagement forciert werden.

Mit Blick auf Public-Private-Partnership (PPP) gibt es also noch Potenziale?

Körper: Dies betrifft speziell die mögliche verstärkte Einbeziehung geeigneter Sicherheitsdienstleister. Bevölkerungsschutz lebt vom Kooperationsgedanken. Hier kann die Sicherheitswirtschaft neben Bund, Ländern, Kommunen, Hilfsorganisationen und Feuerwehren mit ihren Erfahrungen – z. B. im Brandschutz, beim Risikomanagement, beim Schutz kritischer Infrastrukturen oder in der Nachsorge, etwa der Traumabewältigung – eine wichtige ergänzende Säule sein.

„Der Bevölkerungsschutz lebt vom Kooperationsgedanken. Sicherheitsdienstleister können hier eine wichtige Ergänzung sein.“

Fritz Rudolf Körper

Perspektivwechsel: Wie sensibilisiert sind die Bürger selbst für die Vorbereitung auf Krisen, z. B. bei der Energieversorgung?

Bosbach: Sehr! Aus vielen Begegnungen und Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern weiß ich um den hohen Stellenwert dieser Thematik – um nicht zu sagen: Dramatik. Da geht es ja parallel um die Dämpfung der explodierenden Energiekosten für Private und die Wirtschaft, um die Umstellung der Energieversorgung auf alternative Methoden der Energieerzeugung und -nutzung und natürlich um die schlichte Drosselung des Energieverbrauchs. Die Menschen machen sich große Sorgen, und das leider nicht grundlos.

Zum Schluss der Blick nach vorn, Herr Bosbach: Welche Entwicklung bzw. ggf. Verschärfung der Risikolage erwarten Sie für die Zukunft?

Bosbach: An Verschärfungen der Lage möchte ich gar nicht denken, sie ist angespannt genug! Wer politische Verantwortung trägt, sollte auch der Versuchung widerstehen, Tag für Tag zu erklären, wie schlimm alles möglicherweise noch kommen könnte – und das gilt nicht nur für den Gesundheitsminister. Man sollte den Ernst der Lage



Fritz Rudolf Körper

Fritz Rudolf Körper, Staatssekretär a. D., war über zwei Jahrzehnte Bundestagsmitglied. Als Parlamentarischer Staatssekretär von Bundesinnenminister Otto Schily prägte er zwischen 1998 und 2005 die Innenpolitik der damaligen Bundesregierung. Anschließend war der 67-Jährige stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und u. a. Mitglied im Parlamentarischen Kontrollgremium. Er verfügt über umfassende Erfahrungen mit Blick auf die Kooperation von staatlichen Institutionen und Privatwirtschaft.

zutreffend und betont sachlich beschreiben, aber auch Lösungsmöglichkeiten aufzeigen und entsprechend handeln. Ich persönlich fürchte, dass wir in der Ukraine einen zähen Abnutzungskrieg erleben werden.

Und Ihre Einschätzung zu möglichen zukünftigen Entwicklungen, Herr Körper?

Körper: Entscheidend für mich ist: Wir müssen uns so gut wie möglich auf jede denkbare Katastrophe vorbereiten. Bei allen Digitalisierungschancen sind Kooperation und der Faktor Mensch dabei die zentralen Faktoren. Die Akteure müssen sich gut kennen und das gemeinsame Handeln regelmäßig proben – nicht nur virtuell, sondern in realen Übungen. Genauso erforderlich in Sachen Resilienz ist, die Bevölkerung für die Krisenvorsorge etwa mit Lebensmittel- und Wasservorräten zu gewinnen.

Das Interview führte Carsten Gronwald, Pressesprecher der KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen.

Zahlen und Fakten zum Bevölkerungsschutz in Deutschland

► Rechtliche Aufgabenteilung zwischen Bund, Ländern und Kommunen

- Laut Grundgesetz (GG) sind Bund, Länder und Kommunen arbeitsteilig für den Bevölkerungsschutz in Deutschland verantwortlich.
- Der Bund ist insbesondere zuständig für den Zivilschutz, also den Schutz der Bevölkerung vor kriegsbedingten Gefahren (gemäß Art. 73 Nr. 1 GG).
- Die Bundesländer und die ihnen zugeordneten Kommunen sind für den Schutz vor großen Unglücken und Katastrophen in Friedenszeiten verantwortlich (Katastrophenschutz). Der Bund hat keine unmittelbaren Zuständigkeiten. Bei Naturkatastrophen etc. können die Länder nach Artikel 35 GG aber u. a. das Technische Hilfswerk (THW), die Bundespolizei oder die Streitkräfte zur Hilfe anfordern.
- Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) ist die zentrale Stelle des Bundes für den Bevölkerungsschutz.

► Wichtiges Netzwerk mit Feuerwehren und Hilfsorganisationen

- Die kommunalen Feuerwehren bilden das Rückgrat der Gefahrenabwehr.
- Hinzu kommt die Unterstützung der privaten Hilfsorganisationen. Rund 1,7 Millionen Helferinnen und Helfer sind damit das tragende Element des Bevölkerungsschutzes in Deutschland. (Quellen: www.bmi.de, www.bbk.de)



Security
Cleaning
Personal Service
Facility Services

IMPRESSUM

© KÖTTER Sicherheitsbrief wird herausgegeben von der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit der KÖTTER GmbH & Co. KG Verwaltungsdienstleistungen, Essen.

Redaktion: Carsten Gronwald, Tel.: +49 201 2788-126, E-Mail: presse@koetter.de.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das Copyright kann jedoch jederzeit bei der Redaktion eingeholt werden und wird in der Regel erteilt, wenn die Quelle ausdrücklich genannt und ein Belegexemplar zugestellt wird.

Fotos: S. 1, Titelmotiv: © toa555 – stock.adobe.com; S. 2, Herr Bosbach: © Manfred Esser, CDU Rheinisch-Bergischer Kreis; S. 2, Herr Körper: © Catrin Schmitt; S. 4, Epidemie-Schutz: © Robert Kneschke – stock.adobe.com

Adressänderung: Möchten Sie uns eine Adressänderung mitteilen oder haben Sie sonstige Hinweise zum Versand? Schicken Sie uns eine E-Mail an redaktion@koetter.de

KÖTTER Services im Social Web:



**Sie lesen lieber digital?
Nutzen Sie unser E-Paper**



koetter.de/sicherheitsbrief

Ihr Kontakt zur KÖTTER Unternehmensgruppe:

Wilhelm-Beckmann-Straße 7
45307 Essen

Hotline: +49 201 2788-388
Telefax: +49 201 2788-488

E-Mail: info@koetter.de
Internet: koetter.de